

## AN DIE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN VON DAIMLERCHRYSLER

Momentan erleben wir gerade das Szenarium, vor welchem nicht wenige von uns vor Monaten bereits gewarnt haben, die Konzernchefs von Ford, Opel, MAN und andere internationale Großkonzerne versuchen auf den Zug namens „Lohnkürzung für Arbeitsplatzzerhalt“ aufzuspringen. Zuvor hat das Management in der Stuttgarter Zentrale von DC mit dem dortigen Betriebsrat und der Gewerkschaft IG Metall eine weitreichende Zusatzvereinbarung zur letzten Tarifrunde beschlossen, die spätestens ab 2007 Auswirkungen auf alle 160.000 Beschäftigten an den deutschen Standorten haben wird.

Darüber hinaus dürfte diese Vereinbarung auch für das Management anderer Großkonzerne „Türöffnerfunktion“ beim Herunterschrauben der Arbeits-, Arbeitszeit- und Lohnbedingungen haben. So hat z.B. der Arbeitgeberverband der Berlin-Brandenburgischen Papierindustrie den Manteltarifvertrag gekündigt und verlangt eine Regelung nach dem Beispiel der Vereinbarung mit der IG Metall.

Wir, Mitglieder des Berliner Anti-Hartz-Bündnisses kämpfen gegen die Umsetzung und für die Aufklärung der Bevölkerung über die gesellschaftlichen Auswirkungen der sogenannten Hartz- Gesetze. Dazu machen wir Diskussionsveranstaltungen, Veröffentlichungen und nehmen an Demonstrationen teil. Sollten diese Gesetze unverändert umgesetzt werden, würde dies nicht nur zu einer weiteren Absenkung der Bezüge von Millionen von Arbeitslosen führen, sondern auch eine direkte Auswirkung auf die Lohnpyramide und somit auch auf die Tariflöhne haben. Diese geraten gerade durch die aktive Förderung von untertariflichen PSA-Jobs (bis 30 % unter ortsüblichem Tarif) und die Einführung der 1 bis 2,- Euro-Jobs massiv unter Druck. PSA-Jobs sind Arbeitsmöglichkeiten, die von sogenannten Personal-Service-Agenturen vermittelt und in Zusammenarbeit mit Großkonzernen und Betrieben eingerichtet werden können. Dieses ist bereits seit dem Inkrafttreten des sog. Hartz-II – Gesetzes am 01.07.2003 möglich. So werden mit den Hartz- Gesetzen nicht nur die Erwerbslosen gefügig gemacht, sondern gleich noch der Weg für direkte Lohnsenkung geebnet.

Wie ihr in Eurem Werk erfahren habt, ist dies nur eine Seite ein und derselben Medaille. Die Ergebnisse der letzten Tarifrunde bei DC führen dies eindeutig vor Augen. Denn das, was uns Schrempp, Huber von der IGM und Klemm vom Gesamtbetriebsrat hier als „Erfolg“ (O-Ton Huber) zur Sicherung von Arbeitsplätzen am Standort Deutschland und als gewerkschaftliche „Flexibilität“ verkaufen wollen, ist ein offen erklärter Angriff auf erkämpfte Arbeitszeitstandards und soziale Errungenschaften der Belegschaften in Deutschland.

Da uns die „Verhandlungspartner“ dies natürlich nicht erzählen wollten, wurde diese massive indirekte Lohnkürzung verkleidet und uns als ein Mix aus „Abflachung der Lohnentgeltkurve“ ab 2006 (Verzicht auf tariflich erkämpfte Lohnerhöhungen), „Verzicht auf Zuschläge“ und „Arbeitsverlängerung“ verkauft, die sich in der Summe jedoch für einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, etwa im Servicebereich, als direkte Lohnsenkung auswirken... Diese ungleiche Behandlung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen untereinander wird dann von den örtlichen Betriebsratsfürsten noch höhnisch als „Aufwertung der Facharbeit“ kommentiert, wie dies die hiesige Betriebsratsvorsitzende in einer ersten Stellungnahme zu den Ergänzungsverträgen von Sindelfingen getan hat.

***Kolleginnen und Kollegen, lassen wir uns nicht spalten – weder von der Profitsucht der Vorstände noch von ihren „Sozialpartnern“ aus Gewerkschaft und Betriebsrat, die unsere Interessen nicht vertreten.***

Die Bremer Kolleginnen und Kollegen haben die Machenschaften dieser Damen und Herren gut entlarvt, als sie als einzig direkte Antwort auf den dreisten Lohnerpressungsversuch von Schrempp und Klemm aus Solidarität zu den Stuttgartern spontan die Arbeit niederlegten. Die Protestbekundung der Bremer reichte leider nicht aus, um ernsthaft an der Absicht der „Sozialpartner“, den Belegschaften die Löhne zu kürzen, noch etwas ändern zu können...noch nicht... aber die Bremer Kollegen und Kolleginnen haben uns mit ihrer Arbeitsniederlegung auch verdeutlicht, dass sie erkannt haben, wohin die Reise des DC-Vorstands mittelfristig gehen soll:

Sind erst einmal alle Lohnsenkungsmöglichkeiten im Inland ausgeschöpft, so ist für diese Leute die Androhung, Standorte ins Ausland zu verlagern ein „bewährtes“ Erpressungsmittel, um die Gewinnmarge zu retten...Und wir dürfen gespannt sein, welche „Halbwertzeit“ die Ankündigung Schrempps haben wird, die Arbeitsplätze am Standort Deutschland bis 2012 zu garantieren, denn die nächsten Tarifverhandlungen kommen bestimmt, spätestens 2006... dieses Erpressungsmittel sollten wir ihm aus der Hand schlagen. Das können wir aber nur, indem wir uns die Fähigkeit wiedergeben, effektiv und solidarisch unsere Interessen durchzusetzen.

Dazu bedarf es aber nicht nur der Solidarität der Belegschaften innerhalb von Deutschland, sondern wie am Beispiel Südafrika deutlich wird, auch der verstärkten internationalen Solidarität, um sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Fordern wir die Gewerkschaftsvertreter auf, nicht nur die deutschlandweiten, sondern auch die Beziehungen zu den Kollegen in den internationalen Konzernniederlassungen auszubauen, den Erfahrungsaustausch zu organisieren und Strukturen zur praktischen gegenseitigen Unterstützung in den Kämpfen zu schaffen.

In unsere Kämpfe mit einbeziehen sollten wir aber auch all jene, die nicht mit Streik auf Erpressungsversuche reagieren können, den Erwerbslosen. Gegenseitige Unterstützung ist möglich, wie die Solidaritätsbekundungen von Erwerbslosen bei den Streiks um die 35- Stundenwoche im letzten Jahr, oder die Teilnahme von Kolleginnen und Kollegen an den Protesten gegen Hartz IV deutlich machen.

Deshalb sollten wir auch solidarisch zu denen sein, die schon heute durch eine solche Politik der Unternehmen und ihrer Vorstände „wegrationalisiert“ oder „outgesourct“ (Verlagerung oder Ausgliederung ganzer Betriebsteile aus Rentabilitätsgründen) worden sind, Kolleginnen und Kollegen, die zum Teil kaum noch Aussichten haben, jemals wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen oder schon seit langer Zeit arbeitslos sind...Für solche Kolleginnen und Kollegen sieht es jetzt ganz düster aus, und im nächsten Jahr droht ihnen zudem noch der soziale Abstieg, der in Gestalt des Hartz IV- Gesetzes daherkommt.

Das Hartz IV-Gesetz verfügt, dass ab 1. Januar 2005 Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in der Höhe der heutigen Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (ALG II) zusammengelegt werden. Zugleich verfügt es, dass ein Arbeitsloser, der mehr als ein Jahr lang arbeitslos ist, also Arbeitslosenhilfe bezieht, jeden Job annehmen muss, der ihm/ihr vom Arbeitsamt angeboten wird, solange er nicht gegen „ die guten Sitten“ verstößt.

Es braucht nicht viel Vorstellungskraft um sich auszumalen, dass vor dem Hintergrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und vor dem Hintergrund der Weigerung des Kapitals, in korrekte Arbeitsplätze zu investieren, die ja „die Marge“ (den Unternehmensgewinn) sinken lassen könnten, viele ehemals Beschäftigte in diese Armutsfalle reinfallen werden. Dann kann es gut sein, dass ein/e ausgebildete/r Facharbeiter/in einen Job für 1-2 Euro bei der Caritas antreten muss, den sie aus Mangel an Zivildienstleistenden sonst nicht mehr so billig besetzen könnte.

Durch solche „Zuverdienstmöglichkeiten“ wird – ähnlich wie bereits bei der heutigen Sozialhilfe, ABM und ähnlichen Maßnahmen des zweiten und dritten Arbeitsmarktes – zudem der Druck auf die unteren Lohngruppen regulärer Beschäftigungsverhältnisse im sogenannten 1. Arbeitsmarkt zusätzlich erhöht.

### ***DAGEGEN HEISST ES, SICH GEMEINSCHAFTLICH ZU WEHREN - ARBEITENDE UND ARBEITSLOSE ZUSAMMEN -***

Besonders gravierend sind die Auswirkungen dieser neuen Gesetze bei denjenigen heutigen Arbeitslosenhilfeempfängern, die während ihrer Berufstätigkeit ein relativ hohes Einkommen hatten, oder durch eine langjährige Berufstätigkeit finanzielle Rücklagen bilden konnten. Im Falle einer längeren Arbeitslosigkeit müssen diese Rücklagen angezeigt und – mit Ausnahme bestimmter Freibeträge – aufgebraucht werden, das Einkommen von berufstätigen Ehegatten und im Haushalt lebender Angehöriger wird angerechnet.

Die Horrorliste mit der entlarvenden Bezeichnung „Hartz“ (der Namensgeber ist Vorstandsvorsitzender der VW AG und mit ähnlichen Ambitionen für VW wie Schrempp für DaimlerChrysler) ließe sich weiter ausführen und konkretisieren.

Es wird jedoch an dieser Stelle schon deutlich, dass uns - Arbeitende und Arbeitslose – mehr verbindet und die Übergänge meist vom Arbeitenden zum Arbeitslosen, von oben nach unten, im freien Fall sind... .

### ***ZUSAMMEN KÄMPFEN!***

*Berlin, im Oktober 2004*

**Das Bündnis trifft sich jeden zweiten Sonntag um 17.00 Uhr in der Yorkstraße 59 / Ecke Katzbachstraße im 2. Stock im Hinterhaus**

**Fahrverbindungen: U+ S- Bahn Yorkstraße bzw. Großgörschenstraße (U7, S2, S25, S26) und Bus 119**

**Kontakt und weitere Informationen: [www.anti-hartz.de](http://www.anti-hartz.de) und [info@anti-hartz.de](mailto:info@anti-hartz.de)**

**Nächste Termine: 17.10. / 31.10. / 14.11. / 28.11.**

***V.i.S.d.P. G. Daniels c/o Anti-Hartz-Bündnis Berlin, Yorckstr. 59, 10965 Berlin***